



Ein Schiff als Kulturzentrum, denkmalgeschützte Krane – für den Stadthafen war diese Entwicklung gewollt. Im Seehafen wünschen sich die Rostocker blühendes Gewerbe, statt dessen läuft jetzt Kurzarbeit. OZ-Foto: Margitta Sonnenberg

Vom Hoffen bleibt nur das Harren

Kent-Gruppe in der Pflicht / Ankündigungen, aber keine Ergebnisse im Hafen

Seehafen. Erneut rückt die Rostocker Hafenumschlagsgesellschaft (SHR-U) durch die Kurzarbeit für die 450 Beschäftigten ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Die Ankündigungen der Stadt verhiessen 1996 zunächst Grandioses. Ausländische Investoren würden u.a. einen Industriepark im Hafen aufbauen, eine Parkettfabrik mit etwa 180 Arbeitsplätzen und ein Werk zur Herstellung von Karkassen mit über 200 Arbeitsplätzen. Versprechen über Versprechen wurden über die Abgeordneten der Bürgerschaft ausgeschüttet. Es sollte boomen im Hafen, wenn die Abgeordneten der Privatisierung zustimmen würden. Das Unternehmen Kent Investment Holding wollte auch eine Containerlinie finanzieren und bis 2000 in den neuen Betrieben 1500 bis 2000 Arbeitsplätze schaffen.

Die Rostocker Stadtverwaltung wollte nicht länger Gesellschafterin der Umschlagsgesellschaft sein. Sowohl Spediteure als auch der Unternehmerverband gaben zu bedenken, daß ein städtisches Monopol nicht durch ein privat geführtes Monopol ersetzt werden könne.

Die Prognosen für Güterströme in

der Ostsee sind gut. Sie sollen jährlich um drei bis vier Prozent wachsen. Der Rostocker Hafen steuerte 1996 auf alten Umschlagrekord zu. Ende November 1996 schlug die Wirtschaft harte Töne zum beabsichtigten Verkauf der Umschlagsgesellschaft an. Eberhard Sohr, Präsident des Unternehmerverbandes fragte: Wer berät den Oberbürgermeister in Wirtschaftsfragen? Dr. Ulrich Seidel, Geschäftsführer des Unternehmerverbandes, rügte, daß keine öffentliche Ausschreibung zum Verkauf der SHR-U erfolgte. Seidel wurde mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen OB Pöker im Innenministerium vorstellig und schaltete den Landesrechnungshof ein. Der rügte später den Verkauf der Umschlagsgesellschaft. „Kent gibt viele Absichtserklärungen ab, aus denen kaum rechtliche Verbindlichkeiten abgeleitet werden.“ Monate später stimmte die Behörde dem Verkauf aber zu. Wichtigste Bedingung: Gründung der Reederei. Sie kam nie zustande. Kurzarbeit war im März 1997 im Hafen angesagt. Im Juni 1997 erklärte der damalige SHR-U-Geschäftsführer Werner Pinnow: „Kent wird jede

Menge Firmen ansiedeln. Ich sehe Industrieansiedlungen in Größenordnungen kommen.“ CDU-Fraktionschef im Landtag Eckhardt Rehberg äußerte: „Ich bin bei Kent nicht sicher, wohin der Zug fährt.“ Am 15. Juli 1997 stimmte die Bürgerschaft dem Verkauf der SHR-U zu. Betriebsrat Siegbert Menzel erklärte zuvor: „Die Belegschaft steht hinter Kent.“ Hafentarbeiter waren ins Rathaus gezogen, um den Abgeordneten zu signalisieren, wie ernst es ihnen mit dem Verkauf an Kent war. Bündnis 90/Die Grünen hatten bis zuletzt versucht, über eine Verwaltungsklage den Verkauf zu stoppen. OB Pöker nach der Sitzung: „Ich habe nicht geglaubt, daß Privatisierung die schwierigste politische Entscheidung meiner Laufbahn in Rostock sein würde.“

Immer wieder beklagte Menachem Atzmon, daß die Bankenansiedlungen im Hafen scheitern lassen. Die Hafentarbeiter erfahren immer wieder von Schwierigkeiten. Die Umschlagsgesellschaft gerät jetzt immer mehr unter Zeitdruck. Die Kent-Gruppe hat bisher außer Visionen kaum etwas für den Hafen zu bieten. WOLFGANG THIEL